

Mail an Kreisverbandschaft!
Alle!

Bayerischer Bauernverband
Rosenheim

01. SEP. 2021

Fragen an unsere Rosenheimer Bundestagskandidaten zur Wahl am 26.09.21

1. **Wie wollen Sie das Verbraucherverhalten zugunsten unserer heimischen Landwirte ändern (Geiz ist Geil Mentalität)?**

Daniela Ludwig:

Für das Kaufverhalten ist nicht immer allein der Preis ausschlaggebend. Wichtig sind qualitativ hochwertige Produkte mit einem dazu passenden Preis-Leistungs-Verhältnis. Das Bewusstsein, auch beim Lebensmitteleinkauf Verantwortung u.a. für Arbeitsplätze, Umwelt- und Tierschutz nehmen zu wollen, hat in der Vergangenheit deutlich zugenommen. Regionale Herkunft ist vielen Verbraucherinnen und Verbrauchern sehr wichtig. Dieser Wunsch trifft bei uns auf ein ausgezeichnetes Angebot. Von der Direktvermarktung ab Hof bis hin zum Grünen Markt in Rosenheim ist alles dabei. Diese Vielfalt zeigt doch, dass es einen Bedarf für diese Produkte gibt und sie zeigt auch das Vertrauen der Menschen in unsere heimische Landwirtschaft.

2. **LEH – darf es sein, dass 85% unserer Lebensmittel von einigen wenigen Discountern zu für uns Landwirte diktatorischen Preisen verkauft werden (Landwirte als schwächstes Glied in der Wertschöpfungskette – Kartellamt?)**

Daniela Ludwig:

Ein Preisdiktat der Discounter darf es nicht geben. Landwirte müssen auf Augenhöhe als gleichberechtigter Partner des Handels gelten und nicht als Bittsteller. Um mehr Gerechtigkeit bei den Vertragsverhandlungen herzustellen, haben wir in Deutschland die EU-Richtlinie über unlautere Handelspraktiken in den Geschäftsbeziehungen zwischen Unternehmen in der Agrar- und Lebensmittelversorgungskette - kurz: UTP-Richtlinie – umgesetzt. Sie sieht ein Verbot der schädlichsten unlauteren Handelspraktiken in der Lebensmittelversorgungskette vor, damit Landwirte in Geschäftsbeziehungen gerechter behandelt werden.

Dazu gehören u.a. klare Regelungen zur Zahlungsfrist für verderbliche Agrarerzeugnisse, ein Verbot von kurzfristigen Stornierung, ein Verbot von einseitigen Änderung der Bedingungen einer Lieferung und ein deutliches Verbot von Drohungen des Käufers mit Vergeltungsmaßnahmen, wenn der Landwirt von seinen vertraglichen oder gesetzlichen Rechten Gebrauch macht.

Weitere Handelspraktiken sind nur noch dann erlaubt, wenn sie vorher ausdrücklich und eindeutig zwischen den Vertragsparteien vereinbart wurden. U.a. die Rückgabe unverkaufter Agrar- und Lebensmittelerzeugnisse vom Käufer an den Lieferanten ohne Zahlung des Kaufpreises und die Forderung des Käufers zur vollständigen oder teilweisen Übernahme der Kosten für Preisnachlässe im Rahmen von Verkaufsaktionen.

Mit diesem Gesetz haben wir dafür gesorgt, dass eine einseitige Lastenverteilung nicht mehr möglich ist.

3. **Wo steht die Rosenheimer Landwirtschaft Ihrer Meinung nach in der Gesellschaft in Bezug auf a – Ernährungssicherung b – Qualität der heimischen Erzeugung c - Klimaschutz d – Erhalt der Kulturlandschaft**

Daniela Ludwig:

Landwirtschaft bedeutet auch immer Heimat. Unsere Kulturlandschaft ist geprägt von der Arbeit unserer Landwirte. Der Respekt und auch die Hochachtung für das, was unsere Landwirte schaffen, ist enorm. Wenn ich während der Sitzungstage des Bundestages mit Berlinern ins Gespräch komme, die mir von ihrem Urlaub in unserer Region erzählen und davon, wie schön es dort war, dann ist das der Schaffenskraft der Landwirtschaft zu verdanken. Was die Qualität der heimischen Erzeugnisse angeht, zeigt doch die Vielzahl der Hofläden den Rückhalt bei den Konsumenten. Laut aktuellem Ernährungsreport des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft legen 83% der Verbraucherinnen und Verbraucher großen Wert auf regionale Lebensmittel. Wir sehen, dass selbst die Discounter zunehmend auf diesen Trend setzen. Der Rückhalt rührt auch daher, dass man einen ganz anderen Bezug zum Essen hat, wenn man die Bäuerin und den Bauern kennt, von deren Hof das Fleisch, das Obst und das Gemüse kommen.

4. **CO-2 Steuer – Ist es Ihrer Meinung nach gerecht, dass die Landwirtschaft als einziger Wirtschaftszweig, der CO-2 im Boden und Wald speichert, dafür nicht entlohnt wird? Welchen Vorschlag haben Sie hier für eine überfällige Steuergesetzesänderung?**

Daniela Ludwig:

Die Landwirtschaft hat zwischen 1990 und 2020 ihren Ausstoß klimarelevanter Gase um rund 23 Prozent reduziert und damit das Etappenziel für 2020 erfüllt. Die jährlichen Emissionen Deutschlands würden um 14 Prozent höher liegen, wenn wir unserer Wälder hierzulande nicht nachhaltig nutzen würden. Klimaleistungen der Landwirtschaft müssen daher bei zukünftigen Entscheidungen berücksichtigt und auch honoriert werden. Es spricht grundsätzlich nichts dagegen, die Klimaleistungen der Land- und Forstwirtschaft mit einem Preis zu versehen, der an der Börse gehandelt werden kann oder als Gutschein zur Anrechnung für eigene Emissionen dient.

5. Ist die evtl. Einführung einer Vermögenssteuer bei den hohen Immobilienpreisen in der Region für Sie vertretbar?

Daniela Ludwig:

Die Einführung einer Vermögenssteuer halte ich für absoluten Unsinn. Damit wird bestraft, was über Generationen hinweg aufgebaut wurde. Jeder Landwirt investiert sein Einkommen wieder in seinen Hof, weil er ihn gut bestellt in die nächste Generation geben möchte. Eine Vermögenssteuer entzieht den Höfen das Kapital für Investitionen und nimmt ihnen damit ihre Zukunft. Hohe Immobilienpreise führen zwar zu hohen Buchwerten. Aber diese stehen nur fiktiv auf dem Papier. Sie liegen nicht verfügbar auf irgendeinem Konto. Bei Einführung einer Vermögenssteuer können diese Werte nur durch Verkauf von Flächen realisiert werden. Das wäre das Ende für jeden Hof. Wer die Einführung einer Vermögenssteuer fordert, gefährdet das Erbe von Generationen und stellt die Landwirtschaft, so wie wir sie in unserer Region kennen, grundsätzlich infrage.

6. Tierhaltung – Sind unsere Landwirte auf dem richtigen Weg? (Anbindehaltung, Bestandsobergrenzen)

Daniela Ludwig:

Tierschutz und artgerechte Tierhaltung sind auch in der Landwirtschaft wichtig. Sie sind mittlerweile Wettbewerbsfaktor. Wir müssen uns aber auch im Klaren darüber sein, dass nicht jeder Hof von heute auf morgen umstellen kann. Zum einen aus finanziellen, zum anderen aus räumlichen Gründen. Höfe in Ortslagen haben oft nicht die Möglichkeit, die Ställe zu erweitern. Unsere Region ist geprägt von einer kleinteiligen, vielfältigen Landwirtschaft. Diese wollen wir erhalten und nicht abschaffen. D.h. dass wir auf die aktuellen Herausforderungen beispielsweise bei der Anbindehaltung individuell reagieren müssen. Der Freistaat schafft daher ein individuelles Beratungsangebot und Lösungen mit Übergangszeiten oder etwa mit kleineren Laufställen. Auch eine Kombi-Haltung muss in einzelnen Fällen möglich sein. Es muss jedem klar sein: Die bereits beschriebene und von allen gewünschte Vielfalt im Angebot und in der Qualität unserer heimischen Produkte erreichen wir nicht durch Ställe mit 5000 Rindern.

7. Treten Sie für eine Änderung des Schutzstatus beim Wolf ein? In welcher unserer Landkreisgemeinden hat aus Ihrer Sicht ein Wolfsrudel Platz?

Daniela Ludwig:

In den vergangenen Jahren hat er mehr und mehr Regionen in Deutschland zurückerobert. Entsprechend gilt es, damit umzugehen. Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag hat eine Änderung im Bundesnaturschutzgesetz durchgesetzt, wonach den Bundesländern die Möglichkeit gegeben wurde, Einzelabschussgenehmigungen zu ermöglichen. In Bayern wurde diese Regelung durch den Freie

Wähler Umweltminister leider nicht umgesetzt. Es gibt in Europa genügend Bereiche, in denen der Wolf gut leben kann. In unserer Region hat er keinen Platz. Der Schutz der Almwirtschaft hat klar Vorrang. Was wir brauchen ist eine grenzüberschreitende Lösung für den gesamten Alpenraum. Ich unterstütze daher die Gespräche der Staatsregierung mit Österreich, der Schweiz und Südtirol.

Darüber hinaus vertritt die Union den Standpunkt, dass der Wolf in der europäischen FFH Richtlinie von Anhang 5 in Anhang 4 gestuft werden kann, weil sein Erhaltungsziel erreicht ist. Hier blockiert noch das SPD-geführte Bundesumweltministerium.

8. Flächenverbrauch – Allgemein bei Ausweisung von Bauland, Straßenbau, Gewerbe - Speziell jetzt beim geplanten Zulauf zum BBT Welche Lösungsansätze sehen Sie?

Daniela Ludwig:

Wir müssen den Flächenverbrauch und die Versiegelung wertvollen Bodens insgesamt reduzieren. Das betrifft alle Bereiche gleichermaßen. Umso wichtiger ist es beim Brenner-Nordzulauf, soviel Untertunnelung zu erreichen, wie technisch möglich ist. Hier sind wir mit der aktuellen Planung schon sehr weit. Aus meiner Sicht muss aber noch mehr möglich sein. Die Kommunen tragen bei der Ausweisung von Bauland und Gewerbeflächen eine große Verantwortung. Auf der einen Seite müssen sich die Gemeinden weiterentwickeln können, auf der anderen Seite steht die Verantwortung für unsere Landwirtschaft und die Kulturlandschaft. Ich bin überzeugt davon, dass allen Beteiligten diese Verantwortung bewusst ist und ebenso die Tatsache, dass damit in Zusammenhang stehende Konflikte nur mit einem gemeinsamen Konsens gelöst werden können.